

Die Universität Bielefeld – ihr Konzept und dessen Schicksal

FRANZ-XAVER KAUFMANN

Nur wenige Universitäten können von sich behaupten, aufgrund eines expliziten Konzeptes gegründet worden zu sein. Das berühmteste Beispiel ist wohl die Universitätsgründung zu Berlin (1809), die Helmut Schelsky ins Zentrum seiner für das Gründungskonzept der Universität Bielefeld einflußreichen Studie »Einsamkeit und Freiheit – Idee und Gestalt der deutschen Universitäten und ihre Reformen« (1963) gestellt hat. Während im Berliner Fall das Universitätskonzept aus den Überlegungen mehrerer führender Geister der Zeit (u.a. F.A. Wolf, J.E. Fichte, F. Schleiermacher und vor allem W. v. Humboldt) resultierte, ist das Konzept der Universität Bielefeld im wesentlichen das Werk eines einzigen Mannes, des Münsteraner Soziologen Helmut Schelsky.

Entsprechend dem Berliner Vorbild verstand Schelsky die Universitätsgründung in Ostwestfalen vor allem als einen geistigen Prozeß, bei dem es darum ging, die aus der Auseinandersetzung mit der Universitätsgestalt der Nachkriegszeit entstandenen Reformideen in ein inhaltliches und organisatorisches Konzept einzubinden. Das entsprach seiner institutionentheoretischen Grundhaltung, derzufolge soziale Handlungszusammenhänge ihren objektivierten Sinn durch die ihnen zugrundeliegenden Ideen erhalten, aber als dauerhafte soziale Wirklichkeit nur dadurch bestehen können, daß diesen Ideen »bestimmte Bauelemente, ein materieller Apparat, ein Normsystem und Personal«¹, zugeordnet werden.

Den ideellen Gehalt seines Reformkonzeptes gliederte Schelsky in vier Dimensionen: (I) Neuordnung der Forschung, (II) Neuordnung der Lehre, (III) Neuordnung der Selbstverwaltung und (IV) Neuordnung des Verhältnisses zur Praxis und zur sozialen Umwelt.² Ich übernehme diese Gliederung, um im folgenden sowohl die innovativen Momente der Schelskyschen Konzeption als auch ihr Schicksal im Fortgang der Universitätsentwicklung zu verfolgen. Zuvor sei jedoch der dynamische hochschulpolitische Kontext in Erinnerung gerufen, der Gründung und Entwicklung der Universität Bielefeld geprägt hat. Außer auf Dokumentationen der Gründungsphase beziehe ich mich dabei vor allem auf die vom bisher einzigen amtierenden Rektor dieser Universität, Karl Peter Grottemeyer, vorgelegten Universitätsberichte, welche die Konjunkturen der Hochschulpolitik deutlich reflektieren.³ Auf diese Weise kann wenigstens beiläufig die Bedeutung auch dieser Persönlichkeit für die Entwicklung der Universität mitbeleuchtet werden.

Grotemeyer war einer jener »tüchtigen Männer«, die Schelsky in Anlehnung an die Berliner Maxime Wilhelm von Humboldts: »Man beruft eben tüchtige Männer und läßt die neue Universität damit sich allmählich encadrieren«⁴ nach Bielefeld berufen wollte. Weil der trotz scheinbarer Robustheit dünnhäutige Hochschulplaner Schelsky nach unfairen Angriffen aus dem durch die Entscheidung für Bielefeld frustrierten Paderborner Raum schon 1966 auf das ihm zgedachte Amt eines Gründungsrektors verzichtet hatte, trat an seine Stelle der Jurist Ernst-Joachim Mestmäcker, der dann auch auf der konstituierenden Sitzung des Senats der Universität Bielefeld am 5. September 1969 zum ersten Rektor gewählt wurde. Doch eine plötzliche Erkrankung ließ ihn sein Amt nicht antreten, sodaß der gleichfalls gewählte Prorektor, der damals noch in Berlin lehrende Mathematiker Karl Peter Grotemeyer, sogleich seine Geschäfte zu übernehmen hatte. Der inzwischen konstituierte Konvent wählte ihn sodann am 1.4.1970 für 4 Jahre zum Rektor. Seither waren bis heute die Geschicke der Universität in seiner Hand, da er nicht weniger als fünfmal mit großer Mehrheit als Rektor wiedergewählt wurde. Obwohl das infolge seiner Emeritierung unvermeidliche Ende der »Ära Grotemeyer« den Anlaß dieses Beitrags liefert, sehe ich den Sinn der nachfolgenden Skizze nicht in einer Laudatio, sondern in der Mitteilung von Wahrnehmungen und Wertungen eines teilnehmenden Beobachters, der ich nun einmal seit den Anfängen dieser Universität bin.

1. Der Kontext der Gründungsphase

Als die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Jahre 1964 beschloß, nach Bochum und Dortmund noch eine dritte neue Universität in Ostwestfalen zu gründen, geschah dies unter dem Vorzeichen des erwachenden bildungspolitischen Bewußtseins in der Bundesrepublik. Drei Buchtitel mögen die Leitlinien der damaligen Diskussion in Erinnerung bringen: »Quantität und Qualität. Grundfragen der Bildungspolitik« (Hellmut Becker, 1962); »Die deutsche Bildungskatastrophe« (Georg Picht, 1964); »Bildung ist Bürgerrecht« (Ralph Dahrendorf, 1965). Das staatliche Engagement im Bildungs- und Hochschulwesen rechtfertigte sich durch die Einsicht in die Notwendigkeit vermehrter Humankapitalbildung, den vermuteten Bildungsrückstand in der Bundesrepublik und die sozialstaatliche Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen. Es ging vor allem um den quantitativen Ausbau des Bildungswesens, wenngleich auch bereits erste kritische Stimmen hinsichtlich der Struktur der deutschen Universitäten aufkamen.

An dieser Diskussion war Schelsky seit seiner Antrittsvorlesung an der Universität Münster (1960) beteiligt, und so bot die Anfrage des damaligen Kultusministers Paul Mikat, ob er den Vorsitz im Gründungsausschuß für die ostwestfälische

Universität übernehmen wolle, die willkommene Gelegenheit, das, was ihn an Wilhelm von Humboldt fasziniert hatte, nun selbst zu erproben. Die Eigenwilligkeit, mit der er die ministerielle Anfrage aufnahm und verfahrensmäßig umzubiegen trachtete, ließ bereits seine Gründungsvision erkennen: keine technokratische, sondern eine kooperative, von engagierten Wissenschaftlern selbst auf den Weg gebrachte Universitätsreform.⁵ Keine Massenuniversität sollte in Ostwestfalen entstehen, sondern ein neuer Strukturtypus im Rahmen eines zu differenzierenden Hochschulsystems. Schelsky war davon überzeugt, daß die Reform des deutschen Universitätswesens nur im Zusammenwirken von staatlicher Politik und universitärer Selbstverwaltung gelingen könne, und da er die Schaffung und Reform von Institutionen als Leistung von Personen betrachtete, war es für ihn selbstverständlich, daß Reformprozesse nicht zu einem uniformen, sondern zu einem multiformen Ergebnis führen müßten. Angesichts der Vielfalt und teilweisen Widersprüchlichkeit der an die Universitäten herangetragenen Anforderungen erschien ihm das Modell der Zukunft eine durch staatliche Planung koordinierte Differenzierung und Spezialisierung einzelner Hochschulen. Nur in diesem Kontext ist Schelskys entschiedenes Eintreten für eine »Forschungsuniversität Bielefeld« zu verstehen.

Nach dem gewaltsamen Tode des Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 war in der deutschen Hochschulpolitik nichts mehr so, wie es vorher gewesen war. Wie 1963 der Funke von Berkeley auf andere amerikanische Universitäten übergesprungen war, so griffen nunmehr die bis dahin auf die Freie Universität Berlin konzentrierten Studentenunruhen auf die gesamte Bundesrepublik über und bestimmten die Tagesordnung der Hochschulpolitik. Es darf als bemerkenswerte Leistung der Bielefelder Gründungsgremien gelten, daß sie bereits durch die Zusammensetzung des die Universitätsverfassung vorbereitenden Punktationsausschusses den Beteiligungsrechten von Assistenten und Studenten Rechnung trugen.⁶ In der damals zentralen Frage der Interessenrepräsentation von (erst später so genannten) Statusgruppen einigte sich der Ausschuß auf einen generellen Schlüssel von 2:1:1 für Hochschullehrer, Assistenten und Studenten in allen Universitätsgremien, mit Ausnahme des Rektorats.⁷ Zwar hatten schon Schelskys »Grundzüge« eine Beteiligung von Assistenten und Studenten an den Entscheidungen über sie betreffende Angelegenheiten gefordert, aber die neuen satzungsmäßigen Mitbestimmungsregelungen gingen weit darüber hinaus. Die meisten jüngeren Professoren, die ab 1968 an die in Gründung begriffene Universität Bielefeld berufen wurden, wollten bereits eine andere Hochschulreform. Für sie war die generelle Mitbestimmung von Assistenten und Studenten eine Selbstverständlichkeit. Sie hofften, durch ein ehrliches Eingehen auf die berechtigten Interessen der anderen Statusgruppen eine von argumentativer Auseinanderset-

zung geprägte Hochschulreform verwirklichen zu können. Dieser Grundintention entsprach die Persönlichkeit des Rektors Grottemeyer in hervorragender Weise, hat er doch in all den Jahren seines Rektorats stets auf rationale Auseinandersetzung und zeitaufwendige Konsensfindungsprozesse gesetzt; und überall dort, wo Polarisierungen sich zu verfestigen drohten, hat er sich mit persönlichem Einsatz um Verständigungsbereitschaft bemüht.

Weder die autonomen Basisbewegungen der 70er noch die Frauenbewegung der 80er Jahre hatten auch nur annähernd ähnliche Chancen, sich der Universität zu bemächtigen, wie die marxistische Bewegung der späten 60er und frühen 70er Jahre. Denn diese ergriff nicht nur die Studentenschaft, welche auch in Bielefeld vielfach mit Hilfe von Fraktionszwang und imperativem Mandat einen angesichts der gegebenen Parität beachtlichen Machtfaktor bildete, sondern sie stieß auch bei einem erheblichen Teil der Assistenten in den Fakultäten für Mathematik und für Soziologie sowie bei einigen Mitgliedern des Lehrkörpers auf Sympathie und Koalitionsbereitschaft. Wenn die Universität Bielefeld trotz der polarisierenden hochschulpolitischen Großwetterlage die marxistischen Unterwanderungsversuche in flexibler Weise aufgefangen und ohne nachhaltigen Schaden für die Wissenschaftskultur überstanden hat, so ist dies wohl im wesentlichen auf die sich bereits in der Universitätssatzung dokumentierende Kompromißbereitschaft und die Insistenz des Rektors auf Argumentation als einziger Form legitimer Auseinandersetzung zurückzuführen.

2. Die Überfremdung der Universitätsentwicklung durch staatliche Hochschulpolitik

Das hochschulpolitische Krisenmanagement, zu dem die Studentenbewegung die Kultus- und Wissenschaftsministerien allenthalben nötigte, führte zu einem starken politischen Prioritätsgewinn der Hochschulpolitik und zu wachsenden Versuchen, die Hochschulreform nunmehr als politischen Prozeß über die Köpfe der Universitäten hinweg zu verfolgen. Beschränkte sich die Hochschulpolitik der Länder bis dahin im wesentlichen auf die kapazitätspolitischen Entscheidungen und auf administrative Einzelmaßnahmen, so trat die Hochschulpolitik ab etwa 1970 in die Phase der systembeeinflussenden Gesetzgebung ein.

Während die beiden ersten Universitätsberichte des Rektors von 1971 und 1972 noch ganz auf die internen Entwicklungsperspektiven der Universität ausgerichtet waren, beginnt der dritte Universitätsbericht mit einem Überblick über die Rahmenbedingungen der landes- und bundesweiten Hochschulpolitik und erwähnt dabei insbesondere:

» – Das Hochschulgesetz NW vom 7. April 1970;

- das Bund-Länder-Abkommen vom 25. Juni 1970 über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, die ihren ersten Rahmenplan am 19. Juli 1971 vorgelegt hat,
- das Gesamthochschulentwicklungsgesetz NW vom 30. Mai 1972, das unter anderem die Bildung der Gesamthochschule Bielefeld vorsieht,
- das Hochschulrahmengesetz, für das seit 1971 Entwürfe zur Diskussion stehen und in dem u.a. die seit Jahren angekündigte Personalstrukturreform geregelt werden soll,
- der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 20.12.1972,
- die äußerst restriktive Behandlung der noch im Aufbau befindlichen Universität Bielefeld in den Landeshaushalten 1972 und 1973
- und schließlich zahlreiche Richtlinien und Planungsmaßstäbe, wie Flächen-grobrichtwerte, Personalrichtwerte, Kapazitätsbemessungen, Rahmenprüfungsordnungen.«⁸

Diese neuen Rahmendaten suchte das Rektorat trotz milder Kritik an der Reglementierungssucht der staatlichen Stellen zunächst konstruktiv – um nicht zu sagen in vorseilendem Gehorsam – im Sinne einer Aufforderung zu weiterer Hochschulreform aufzunehmen. Ein Satzungskonvent wurde gewählt, um die Universitätssatzung an das HSG anzupassen, nachdem alle Bemühungen nichts gefruchtet hatten, der Universität Bielefeld zunächst eine Bewährungsphase ihrer erst 1969 in Kraft getretenen Satzung zu ermöglichen. Insbesondere aber wurden die erkennbaren Tendenzen der Landesregierung zur Bildung von Gesamthochschulen frühzeitig aufgegriffen, sodaß folgerichtig das Gesamthochschulentwicklungsgesetz von 1972 auch die Bildung eines Gesamthochschulbereiches Bielefeld vorsah. Der auf Initiative der Universität gebildete »Gesprächskreis der Leitungsgremien« fand seine Fortsetzung im Gesamthochschulrat, der nach dem Willen der Universität zu einem Steuerungsgremium der geplanten Integration werden sollte. Dieser vertagte sich jedoch im Mai 1974 auf unbestimmte Zeit, »um seinem Protest gegen die geplante Novellierung des Gesamthochschulentwicklungsgesetzes Ausdruck zu verleihen, das den Gesamthochschulräten die letzten Kompetenzen nimmt und lediglich noch erlaubt, Empfehlungen auszusprechen«⁹.

Der vierte Universitätsbericht war demzufolge auch wesentlich kritischer gestimmt, hauptsächlich wegen der finanziellen Konsequenzen des inzwischen eingetretenen Prioritätsverlustes der Hochschulpolitik, die im Konzept einer »Untertunnelung des Studentenberges« bildhaften Ausdruck fand. Der Rektor begann seinen Bericht am 9. Juli 1975 vor dem Konvent mit den Worten: »Ich muß davon ausgehen, daß – wegen der für 1976 abzusehenden einschneidenden Haushaltbeschränkungen, die schon 1975 durch Sparmaßnahmen eingeleitet werden – noch im Laufe dieses Jahres Entscheidungen zu treffen sind, die einigen Einrich-

tungen der Universität ihre Existenzfähigkeit nehmen.«¹⁰ Es ist dann glücklicherweise nicht so gekommen. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre konnte der Aufbau der Universität Bielefeld gemäß dem Aufbauplan II¹¹ im großen und ganzen abgeschlossen werden.

Spätestens die Integration der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe markiert eine von der Aufbausituation deutlich unterschiedene Universitätskonstellation.¹² Gleichzeitig wurden ab 1980 die fiskalischen Engpässe des Landes Nordrhein-Westfalen permanent, das mittlerweile (nach Berechnungen des DIW) pro Student die geringste Summe unter allen Bundesländern aufwendet oder – andersherum formuliert – den Hochschulen die meisten Studenten im Verhältnis zu den verfügbaren Mitteln zumutet. So ist – bei grundsätzlich stagnierendem Gesamtbudget für die Hochschulen – das Verhältnis der Universitäten zum Staate mehr und mehr zum Maus- und -Katz-Spiel um Stellenkürzungen und die kleinen Käsestückchen der neuen »Verteilungstöpfe« verkommen. Daß die Universität Bielefeld in dieser jüngsten Phase dennoch Innovationen vom Format der Technischen Fakultät oder dem Aufbau der Gesundheitswissenschaften hat realisieren können, zeugt gleichermaßen von den Steuerungsfähigkeiten des Rektorats wie auch von der fortwirkenden Bereitschaft der Universitätsangehörigen zum Konsens. Die Innovationen der 80er Jahre gehen allerdings über das in den Strukturmerkmalen des Gründungsausschusses bzw. dem Aufbauplan II Vorgesehene hinaus. Die 80er Jahre können uns hier nur unter dem Gesichtspunkt interessieren, inwieweit sich die Gründungskonzeption der Universität über die Aufbauphase hinaus bewährt hat.

Halten wir zusammenfassend fest, daß die Gründungskonzeption der Universität Bielefeld eigentlich bereits vor dem ersten Schritt ihrer Verwirklichung hochschulpolitisch überholt schien und daß auch die innovativen Satzungselemente in der Folge rasch durch die immer wieder modifizierte Hochschulgesetzgebung überformt wurden. Umso erstaunlicher ist es, wie sehr manche frühe Strukturentscheidungen bis heute den Alltag des Universitätslebens prägen. Bewährtes, aber auch Nichtbewährtes sollen im folgenden wenigstens ansatzweise aufgelistet werden.

3. Forschungsuniversität Bielefeld?

Schelskys Vision einer »theoretischen Universität«¹³ stand zwar sicher hinter seinen Überlegungen zur Bielefelder Universitätsgründung, aber doch mit charakteristischen Modifikationen, die den praktischen Gegebenheiten Rechnung trugen. Zwar sollte die neue Universität in der Forschung ihren Schwerpunkt haben, und durch das geplante »Zentrum für interdisziplinäre Forschung« sollte auch ein theoriebezogenes Gegengewicht zu den großbetrieblichen Forschungsinstituten

geschaffen werden, als die Schelsky die später »Fakultäten« genannten Grundeinheiten von Lehre und Forschung konzipierte.¹⁴ Aber nicht die Forschung in »Einsamkeit und Freiheit« sollte primär durch die neue Universität gefördert werden, sondern die kooperative Forschung als Amtspflicht der Hochschullehrer: »Wenn man der Überzeugung ist, daß moderne Forschung auf die Dauer nur noch betriebsförmig organisiert werden kann, dann ist der genossenschaftliche Selbstverwaltungsgedanke der Universität auf diese betriebliche Einheit zu übertragen. Das Forschungsinstitut ist dann die institutionelle Einheit, in der die ›Republik der Gelehrten‹ als Zusammenarbeit und genossenschaftliche Selbstbestimmung älterer und jüngerer Forscher noch verwirklicht werden kann.«¹⁵ Wahrscheinlich war sich Schelsky selbst nicht bewußt, wie sehr er sein eigenes Institut – die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster mit Sitz in Dortmund – väterlich dominiert hat; jedenfalls fiel ihm später die Einordnung in die eher egalitäre Struktur seiner Bielefelder Fakultät recht schwer, was gewiß seinen Wunsch, nach Münster zurückzukehren, mit beflügelt hat.

Während in der ersten Skizze der »Grundsätze« dem Aspekt der Forschungsplanung und der Forschungsk Kooperation zentrale Bedeutung beigemessen worden war, wurden diese Anforderungen in der veröffentlichten Fassung und erst recht in den vom Gründungsausschuß verabschiedeten »Strukturmerkmalen der neuen Universität« deutlich abgeschwächt.¹⁶ Schelskys Gründungsvorstellung, nämlich für jedes geplante Institut zunächst eine Kerngruppe hochkarätiger Forscher zu berufen, die erst allmählich auch Lehrverpflichtungen übernehmen sollten, blieb bereits im Vorfeld der administrativen Bedenken stecken.

Dagegen blieb der auch vom Gründungsausschuß verabschiedete Grundsatz bestehen: »Die ordentlichen Professoren erfüllen ihre doppelte Verpflichtung zu Forschung und Lehre durch zeitweilige Konzentration auf die Erfüllung einer Verpflichtung. Sie werden deshalb in der Regel zur Durchführung von Forschungsvorhaben jedes zweite Jahr von der Pflicht, Vorlesungen und Übungen zu halten, entbunden.«¹⁷ Dieser Grundsatz galt als besondere Attraktion für die nach Bielefeld zu Berufenden. Schelsky wollte dies allerdings nicht als Privileg verstanden wissen, sondern durch erhöhte Anforderungen an Kooperation und Berichterstattung auch als Amtspflicht kontrollierbar halten. Dementsprechend veröffentlichte die Universität Bielefeld bereits nach einjährigem Bestehen ihren ersten Forschungsbericht, dem seither in jährlichen bzw. zweijährigen Abständen regelmäßig weitere Berichte gefolgt sind.¹⁸ Allerdings erwies sich bald, daß alle Befürchtungen neidischer Kollegen über eine Privilegierung der Bielefelder Professoren grundlos waren, denn der Wissenschaftsminister interpretierte die Bestimmung des jährlichen Wechsels von Forschung und Lehre dahingehend, daß der Wechsel die Erfüllung eines doppelten Lehrdeputats im Jahre der Lehre voraussetze. Die

meisten Kollegen nahmen von dieser »Segnung« denn auch bald Abstand und zogen den Streß der simultanen Bewältigung von Lehr- und Forschungsaufgaben vor. Immerhin ist bis heute eine im Vergleich zu anderen Universitäten wohl etwas größere Flexibilität hinsichtlich der Freistellungsmöglichkeiten geblieben, die aus der »großbetrieblichen« Zusammenfassung der bis dahin in Lehrstühle und Institute zersplitterten Fakultäten resultiert.

Es sind mir keine Studien bekannt, welche die Forschungseffizienz der Universität Bielefeld mit derjenigen anderer Universitäten vergleichen. Wie auch Rektor Grottemeyer in seinen ersten Universitätsberichten anmerkte, mußte die Intensivierung der Forschung zunächst zugunsten der übrigen Aufbauaufgaben, insbesondere auch der Studienreform, zurücktreten. Und bereits der erste Universitätsbericht stellte schonungslos fest, »daß die kooperative und interdisziplinäre Forschung als Planungsgegenstand in der Form der Schwerpunktplanung und einer darauf abstellenden Personalplanung weder von der Universität noch von den Fakultäten und Fachbereichen angenommen worden ist«¹⁹. Besonders deutlich wurde dies am Schicksal der interdisziplinären Forschungsschwerpunkte der Universität, von denen drei – Mathematisierung der Wissenschaften, Lateinamerikaforschung, Wissenschaftsforschung – bereits in der ersten Aufbauphase eingerichtet waren, jedoch mit Ausnahme der Wissenschaftsforschung stets ein Kümmerdasein führten, das sich auch durch wiederholte Senatskommissionen nicht überwinden ließ.

Wer Schelsky kannte, fragt sich, was ihn – den Planungsskeptiker – ausgerechnet in diesem Bereich zu solchem Planungsoptimismus beflügelte. Vielleicht die Hoffnung, dadurch die Priorität der Forschung den Wissenschaftspolitikern schmackhaft machen zu können? Schließlich hat sich nämlich bewährt, was Schelskys Grundintention entsprach: der freiwillige Zusammenschluß von Wissenschaftlern zu Forschungsgruppen, beflügelt durch gemeinsame Forschungsinteressen und vor allem durch die Aussicht auf Einwerbung größerer Drittmittel. Während in der Aufbauphase nämlich die meisten Versuche zur Schwerpunktbildung in der Forschung stagnierten, hat in den »mageren 80er Jahren« eben dieses Prinzip der Universität große Erfolge gebracht: Nicht weniger als fünf Sonderforschungsbereiche der DFG wurden in Bielefeld oder unter maßgeblicher Beteiligung von Bielefelder Forschern eingerichtet, dazu mehrere Forschergruppen und Graduiertenkollegs. Bemerkenswerterweise sind an diesen Initiativen häufig Wissenschaftler aus mehreren Fakultäten beteiligt, so daß sich nunmehr das spezifische Moment der Interdisziplinarität, die das Schelskysche Gründungskonzept prägte, auch über das ZiF hinaus niederschlägt. Aber auch innerhalb der meisten Fakultäten sind Schwerpunktbildungen in der Forschung mit unterschiedlichen Institutionalisierungsgraden zu beobachten. Insgesamt hat sich der Betrag der von Universitätsan-

gehörigen eingeworbenen Drittmittel in den 80er Jahren mehr als versechsfacht.²⁰

Ich neige dazu, in dieser explosiven Entwicklung der Forschung, die auch durch das Rektorat der Universität nachhaltig gefördert wurde, eine Spätfolge von Gründungsmerkmalen der Universität zu sehen. Indem Schelsky die späteren Fakultäten zunächst als Forschungsinstitute konzipierte, war damit von vornherein eine konzentrierende Ausrichtung der einzelnen Grundeinheiten der Universität Bielefeld vorgegeben. So zeichnet sich die Universität bis heute durch einen relativ beschränkten Fächerkanon und das nahezu völlige Fehlen von »Orchideenfächern« aus, wobei aber gleichzeitig für diejenigen Fächer, die in Bielefeld angeboten werden, eine vergleichsweise große Zahl von C-3- und C-4-Stellen zur Verfügung steht. Die Bielefelder Fakultäten sind daher weit homogener als das, was sonstwo Fakultät benannt wird. Der hohe Autonomiegrad, der damit einer relativ engen Fächergruppe zugestanden wird, hat sich auf die Intensivierung sowohl der Studienreform als auch auf die Intensität der Forschungs Kooperation und -konkurrenz im Regelfalle positiv ausgewirkt. Hinzu kommt, daß insbesondere die erste Professorgeneration deshalb nach Bielefeld kam, weil sie hier günstigere Forschungsmöglichkeiten vorzufinden hoffte; man wird also von einer vergleichsweise hohen Forschungsmotivation ausgehen dürfen, die sich auch stilprägend auf das Anspruchsniveau der Universität ausgewirkt hat.

Hinzu kam die Bedeutung des Zentrums für interdisziplinäre Forschung. Es gilt meist als das originellste Moment der Schelskyschen Universitätskonzeption, ist dies aber nur heute im Rückblick, nachdem viele andere innovative Ideen entweder Gemeingut geworden sind oder aber sich nicht bewährt haben. Für Schelsky sollte das ZiF ein Korrelat zur großbetrieblich sich spezialisierenden Forschung werden: »Die Re-Integration der sich spezialisierenden Wissenschaften zu einer Zusammenarbeit der verschiedenen Disziplinen.«²¹ Ihm schwebte vor, daß ein erheblicher Teil der Bielefelder Professoren den Wechsel von Forschung und Lehre dazu benützen würde, um im Forschungsjahr am ZiF interdisziplinär zusammenzuarbeiten. Diese Idee hat sich wohl nicht nur wegen der bereits erwähnten Wirkungslosigkeit dieser Regel als illusorisch erwiesen, denn interdisziplinäre Arbeit beruht doch – wie die Erfahrungen des ZiF zeigen – auf recht spezifischen Voraussetzungen und muß meist »gegen den Strom« geleistet werden.²² Dennoch hat das ZiF außerordentliche Bedeutung für die wissenschaftliche Integration der Universität Bielefeld sowie ihr internationales wissenschaftliches Ansehen gewonnen. Indem das ZiF neben den von Schelsky vorgesehenen einjährigen Forschungsgruppen auch das in der Aufbauphase erprobte Konzept der kurzfristigen Arbeitsgemeinschaften weiter pflegte, gab es einer größeren Zahl von Bielefelder Wissenschaftlern Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zur Einladung auswärtiger Gelehrter. Aber auch die einjährigen Forschungsgruppen, die in der

Regel von Bielefelder Wissenschaftlern vorgeschlagen und organisiert werden, haben zumeist nachhaltig zur Intensivierung der Forschung an bestimmten Problembereichen innerhalb der Universität beigetragen.²³

Auch wenn genaue Vergleichsmaßstäbe fehlen, so darf doch die Vermutung geäußert werden, daß die Universität Bielefeld auf zahlreichen von ihren Mitgliedern gepflegten Wissenschaftsgebieten heute internationales Ansehen genießt.²⁴ Das gilt sowohl für Einzelpersonlichkeiten wie für Forschergruppen und Sonderforschungsbereiche. Neben der natürlich konstitutiven persönlichen Leistung scheinen mir auch die erwähnten institutionellen Voraussetzungen hierzu nicht wenig beigetragen zu haben.

4. Studienreform – der Dauerbrenner

In den Schelskyschen Grundzügen wie auch in den vom Gründungsausschuß empfohlenen Strukturmerkmalen wird ein »Beitrag zur Reform der Lehre durch geeignete Gestaltung der Lehrveranstaltungen sowie der Studien- und Prüfungsordnungen« gefordert.²⁵ Inhaltliche Ausführungen hierzu wurden allerdings nicht gemacht, bis auf eine Ausnahme: Jeder Professor sollte die Verantwortung für 30 Studenten übernehmen, mit denen er in einer Studienbetreuungsgruppe auf Zeit zusammenarbeitet. Dahinter stand u.a. die sicher wohlmeinende Absicht, die wachsende Anonymität des Studiums aufzubrechen und die Lehrenden wieder in einen dauerhaften Kontakt mit den Lernenden zu bringen. Dennoch hat sich das Konzept – das in der Anfangsphase bei den Soziologen wenigstens erprobt wurde – nicht bewährt. Abgesehen von hochschulpolitischen Fragen kristallisierten sich kaum gemeinsame Interessen heraus, die Gegenstand dieser von der Lehre abgekoppelten Einrichtung hätten werden können. De facto haben wohl die meisten Lehrenden eine stärkere persönliche »Betreuung« einzelner Studenten – insbesondere von Diplomanden und Doktoranden – übernommen, aber von einer alle Studenten erfassenden direkten Beziehung zu den Lehrenden kann – leider – auch in Bielefeld nicht die Rede sein. Aber ließe sich das überhaupt dekretieren? Man kann sich auch hier fragen, was Schelsky und den Gründungsausschuß zur Forcierung gerade des Konzeptes der Studiengruppen so sehr gedrängt hat. Ich vermute, daß das Hauptmotiv in der damit versuchten Begründung eines strukturellen Numerus clausus (je 30 Studenten pro Professor) für Bielefeld zu suchen ist, der den Gründungsvätern angesichts der überall zu beobachtenden Überfüllung der deutschen Universitäten am Herzen lag.

Dennoch erwies sich die Studienreform unter den gewandelten hochschulpolitischen Prämissen als das eigentliche Ferment der fakultätsinternen Kommunikationen in der Aufbauphase. Vor allem die ersten in Bielefeld aufgebauten Fakul-

täten entwickelten selbstständige und z. T. originelle Konzepte der Studienreform: intensive Anfängerbetreuung bei den Mathematikern, einphasige Juristenausbildung bei den Rechtswissenschaftlern, ein berufsfeldbezogenes Studienkonzept bei den Soziologen, die sozialgeschichtliche Schwerpunktsetzung bei den Historikern und ein sich an den allgemeinen Grundsätzen der Linguistik orientierendes Studienkonzept bei den Sprachwissenschaftlern.²⁶ Dagegen scheint sich bei den später beginnenden Naturwissenschaften eher die Absicht durchgesetzt zu haben, im Rahmen herkömmlicher Studienkonzepte eine solide Ausbildung zu gewährleisten; der viel überschaubarere Erfahrungsbereich der Ausbildung im Labor und die stärkere paradigmatische Verfestigung dürften hier die Reformphantasie weniger beflügelt haben als in den geisteswissenschaftlichen Fächern.

Soweit dies von einem Außenstehenden beurteilt werden kann, hat sich von den hochfliegenden Reformkonzepten nur wenig gehalten. Das durchaus erfolgreiche Konzept der einphasigen Juristenausbildung scheiterte daran, daß es in der Zukunft nicht für verallgemeinerungsfähig gehalten wurde, während die linguistischen Experimente der Sprachwissenschaftler wohl nicht nur an der Inflexibilität der Lehrerausbildungsordnung gescheitert sind. Nachhaltige Wirkungen hatte die Studienreform vor allem bei den Historikern und den Soziologen, die in Bielefeld auch zu einem anderswo ungewohnten Maß an Kontakten und Zusammenarbeit fanden, welche sich nicht zuletzt im gemeinsamen Konzept des Lehrerstudienganges »Sozialwissenschaften« manifestiert hat. Auch hat die Bielefelder Studien- und Prüfungsordnung für Soziologen die weitere Entwicklung dieses Faches in der Bundesrepublik nachhaltig geprägt und ist in mancherlei Hinsicht stilbildend für die Rahmenprüfungsordnungen geworden.

Seit Mitte der 70er Jahre ist jedoch auch die Studienreform zu einem primär staatlich administrierten Geschäft geworden, wovon die unmutigen Darstellungen des Rektors im fünften Universitätsbericht (S. 47ff.) Zeugnis ablegen. Die Universität Bielefeld, deren Fakultäten sich bei der Entwicklung von Studiengangskonzeptionen und Prüfungsordnungen vergleichsweise handlungsfähig gezeigt haben, wo auch die Kommission für Lehre seitens des Rektorates konstruktive Impulse setzte, sah sich immer häufiger genötigt, ihre Reformvorstellungen aufgrund von wenig durchdachten administrativen Einwänden zurückzunehmen. Die Arbeit der landes- oder gar bundesweiten Studienreformkommissionen hat einen von Fach zu Fach unterschiedlichen Einfluß gehabt, führte jedoch per Saldo eher zu einer Stärkung der staatlichen Administration als zur Stärkung der Reformmotivation.

In jüngster Zeit ist nunmehr die »Verbesserung der Qualität der Lehre« zum wissenschaftspolitischen Programm in Nordrhein-Westfalen erhoben worden. Hierbei handelt es sich um eine besonders offenkundige Form »symbolischer Politik«: Das Wissenschaftsministerium will Handlungsfähigkeit zeigen, die nicht

viel kostet, und könnte doch wissen, daß hier mit administrativen Richtlinien so gut wie nichts zu bewegen ist. Man müßte sich schon zu erfolgsorientierter Mittelzuweisung durchringen, indem z.B. ein Teil der Zuweisungen sich an der Zahl der Studienabschlüsse (und nicht der Studienanfänger!) orientiert. Wie auch die im einzelnen gewiß diskussionswürdige SPIEGEL-Studie zur Evaluation bundesdeutscher Studiengänge seitens ihrer Studenten zeigt, scheint insbesondere ein Zusammenhang zwischen dem Zahlenverhältnis der Lehrenden und Lernenden und der Qualität der Lehre zu bestehen;²⁷ dieses Verhältnis ist im wesentlichen von den Mittelzuweisungen von seiten des Parlaments abhängig. Aber gewiß spielen auch örtliche und personelle Faktoren eine Rolle. Wenn die Studiengänge der Universität Bielefeld in der SPIEGEL-Umfrage insgesamt überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben²⁸, so dürften hier die vergleichsweise günstigen räumlichen und ausstattungsmaßigen Bedingungen ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Studienkonzepte der einzelnen Fakultäten.

Wie in der Forschung hat sich auch in der Studienreform die Schwerpunktbildung auf bestimmte Fächer und deren hohe institutionelle Autonomie ausgezahlt, die für das Bielefelder Konzept so charakteristisch sind. Allerdings sollen ungünstige Nebenwirkungen nicht verschwiegen werden: In den meisten Fakultäten scheint das Interesse vor allem dem jeweiligen Hauptfachstudiengang zu gelten, während die fakultätsübergreifenden Studiengänge, insbesondere diejenigen der Lehrerausbildung, weniger Unterstützung finden.

5. Infrastruktur, Verwaltung und Selbstverwaltung

Folgen wir noch einmal Schelsky, so beruht die Wirksamkeit von Institutionen auf dem Zusammenpassen von Grundideen, materiellem Apparat, Normsystem und Personal. Schelsky steuerte Grundideen bei und versuchte, zu ihrer Verwirklichung geeignete Gründerpersönlichkeiten für Bielefeld zu gewinnen. Er machte darüber hinaus aber auch eine Reihe von fruchtbaren Vorschlägen für die Ausgestaltung des Normensystems und des materiellen Apparats der neuen Hochschule, die uns infolge ihrer Verwirklichung und ihrer zwischenzeitlichen Verbreitung an vielen neuen Hochschulen selbstverständlich geworden sind. Im Rahmen einer Neuordnung der Selbstverwaltung waren damals innovative Vorschläge

- die Anerkennung der Assistenten als einer konstitutiven dritten Gruppe der Universität neben Professoren und Studenten;
- Selbstverwaltungsrechte für die Assistentenschaft und die Studentenschaft sowie ihre Repräsentation in den Gremien der Universität²⁹;
- genossenschaftliches, d.h. grundsätzlich egalitäres Prinzip der akademischen Selbstverwaltung;

– langfristige Delegation von Befugnissen auf gewählte Amtsträger und Teilentlastung der Leiter von Selbstverwaltungsorganen (Rektorat, Dekane) von sonstigen Verpflichtungen;

– Satzungsautonomie der Selbstverwaltungsorgane.

Neben diese Gestaltungsgrundsätze traten Strukturvorschläge, so insbesondere die kollegiale Leitung der Universität durch ein Rektorat mit vier Prorektoren, die Stellung des die Fakultäten repräsentierenden Senats »als kollegiales Führungsgremium der Hochschule« sowie der Aufbau einer unter der Leitung des Kanzlers stehenden Einheitsverwaltung, d.h. die Aufhebung der bis dahin an deutschen Universitäten vorherrschenden institutionellen Trennung von akademischen (Fakultäten) und nicht-akademischen (Kurator) Angelegenheiten.³⁰

Unter den Organisationsvorschlägen ist die Zentralisierung bestimmter Dienstleistungen für die ganze Universität hervorzuheben. Wer den Mangel an technischen Dienstleistungen und ihre Zersplitterung im Rahmen alter Universitäten kannte, wird in diesen Vorschlägen erhebliche Effizienzvorteile erkennen können. Insbesondere das Konzept eines zentralen Rechenzentrums und einer einheitlichen, aber gegliederten Gesamtbibliothek sind für die Funktionsweise der Universität Bielefeld maßgebend geworden.³¹

Die Umsetzung und Adaptierung dieser Grundsätze angesichts des oben bereits skizzierten hochschulpolitischen Umschwungs unter dem Einfluß der Studentenrevolte lag in den Händen von Schelskys Nachfolger, Professor Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker, und zunehmend auch derjenigen, welche die entsprechenden Aufgaben im Rahmen des Gründungsvorgangs übernahmen, so insbesondere des Universitätskanzlers Dr. Eberhard Firnhaber und des Bibliotheksdirektors Dr. Harro Heim.³² Eine wesentliche Effektivierung der universitären Verwaltung dürfte durch den Verzicht der von Schelsky noch zwischen der Ebene der Institute und der Gesamtuniversität vorgesehenen »Fakultäts«ebene gelungen sein. Nach Schelskys Vorstellung sollten die Institute (d.h. die heutigen Fakultäten) noch zu den drei klassischen Fakultäten (rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, philosophische Fakultät, mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät) zusammengefaßt werden.³³ Die konsequente Zweistufigkeit der Universitätsverwaltung (nur Zentralebene und Fakultätsebene) trägt zweifellos zur vergleichsweise effektiven Willensbildung und zum effizienten Verwaltungsablauf in der Universität bei.

Gesichtspunkte der Funktionalität haben auch den Ausschlag bei der Entscheidung über das Baukonzept der Universität Bielefeld gegeben. Auch wer den ästhetischen Qualitäten des Bauwerks kritisch gegenübersteht, wird die Kongenialität von Gründungs- und Baukonzept schwerlich bestreiten können.³⁴ Die räumliche Gliederung des kompakten und kurze Wege ermöglichenden Baukörpers folgt sowohl dem Prinzip der Fachgebiete als demjenigen der Funktionsbereiche

und ermöglicht die problemlose Nutzung der zentralisierten Dienste und damit eine Entlastung der Fakultäten. Das Fehlen einer Institutsstruktur innerhalb der Fakultäten wird zwar gelegentlich beklagt, doch ist dieser Mangel unter den gegebenen institutionellen und räumlichen Prämissen einer hochgradigen Vernetzung zweifellos geringer als unter den zersplitterten Bedingungen der meisten anderen Universitäten.

Es gehört für deutsche Wissenschaftler zum guten Ton, über die Last der Selbstverwaltung zu klagen und sich über die bürokratische Kleinlichkeit ihrer Universitätsverwaltung zu ärgern. Zu beidem gab es auch in Bielefeld Anlaß, vor allem in der Aufbauphase, und natürlich kann sich die Universitätsverwaltung der immer stärkeren staatlichen Reglementierung nicht entziehen. Wer aber die Verhältnisse anderer Universitäten kennt, wird die vergleichsweise geringen Reibungsverluste in Bielefeld dennoch zu schätzen wissen.

6. Praxis, Kunst, Geselligkeit

»Neuordnung des Verhältnisses zur Praxis und zur sozialen Umwelt« überschrieb Schelsky den vierten Hauptpunkt seiner »Grundzüge«. Von seinen damaligen Forderungen verdienen hier Erwähnung:

- die Schaffung eines »Zentrums für wissenschaftliche Fortbildung«, um die wissenschaftlichen Fortschritte in die berufliche Praxis zu vermitteln;
- Kontaktpflege, insbesondere zu den Absolventen der eigenen Hochschule;
- Institutionalisierung von Schulexperimenten, um neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und höherem Schulwesen zu versuchen und zu erproben;
- die Schaffung einer unmittelbar dem Rektorat unterstellten Pressestelle für die gezielte Information der Öffentlichkeit;
- die Förderung der »Geselligkeit der Universitätsangehörigen untereinander und mit allen ihnen befreundeten Kreisen der Bevölkerung«;
- besondere kulturelle Einrichtungen, insbesondere auf den Gebieten von Kunst und Literatur. »In der Bauplanung sollten Ausstellungsräume, Musikräume, Studentenbühne usf. berücksichtigt werden.«³⁵

Vergleicht man diese Vorschläge mit dem gegenwärtigen Zustand der Universität, so wird man am ehesten hier Defizite erkennen müssen. Schon immer haben sich die deutschen Universitäten schwer mit dem Kontakt zur beruflichen Praxis getan, und die lange Leidensgeschichte des »Zentrums für Wissenschaft und berufliche Praxis« der Universität Bielefeld bestätigt hier nur einen allgemeinen Trend.³⁶ Zwar haben sich punktuell durchaus erfolgreiche Zusammenarbeitsverhältnisse mit Vertretern außeruniversitärer Praxis realisieren lassen, aber sie haben

doch in den wenigsten Fällen zu einer dauerhaften Institutionalisierung geführt.³⁷ Selbst auf dem naheliegenden Gebiet des Kontaktes zu den Absolventen der eigenen Studiengänge scheinen die Fakultäten der Universität Bielefeld bisher wenig investiert zu haben. Dies entspricht zwar dem allgemeinen deutschen Universitätsmuster (im Gegensatz etwa zum US-amerikanischen), ist aber besonders bedauerlich in einer Universität, die angesichts der Fächerkonzentration und der dadurch vergleichsweise hohen Fakultätsorientierung der Studierenden dazu besonders günstige Voraussetzungen mitbrächte.

Ebensowenig hat sich die Universität im Bereich von Kultur und Geselligkeit besonders ausgezeichnet. In dieser Hinsicht sind schon die Vorgaben der Bauplanung nicht sonderlich förderlich gewesen – sieht man einmal von der schließlich auch kulturelle Manifestationen im weitesten Sinne ermöglichenden großzügigen Struktur der Haupthalle ab. Insbesondere ist jedoch daran zu erinnern, daß bis heute eine geplante Professur für Kunstgeschichte nicht eingerichtet wurde, daß die künstlerischen Fächer der ehemaligen PH nach Paderborn verlegt wurden und daß die Versuche einer künstlerischen Ausstattung der Universität so lange zu keinem Ergebnis führten, bis die hierfür vorgesehenen Gelder vom Lande kassiert wurden. So muß sich der nach ästhetischen Reizen Suchende mit der handstreichartig zustande gekommenen Bemalung der Rückwand des Audimax und der Ausgestaltung einiger Hörsaalengänge durch eine Kunstklasse der Pädagogischen Hochschule begnügen oder jene da und dort entstandenen ökologischen Nischen aufsuchen, in denen – getreu der Beuys'schen Entgrenzung des Kunstbegriffs – manche ihre eigene Mikroumwelt gestaltet haben. Sicher hat die mit der Studentenrevolte parallel gehende Problematisierung des herkömmlichen Kulturbegriffs auch ihren Niederschlag in der anonymen Sachlichkeit dieser Universität gefunden, die so in mancherlei Hinsicht ein Zeugnis der geistigen Umbrüche ist, in deren Zeit sie entstand.

Wer sich an die langen Abende der Aufbauphase in Schloß Rheda erinnert, wird auch in puncto universitärer Geselligkeit eher Defizite registrieren. Auch sie wurde zunächst ein Opfer der universitären Politisierung und der fehlenden Opportunitäten. Immerhin hat das ZiF in dieser Hinsicht eine wichtige Funktion übernommen, und es ist dem besonderen Einsatz des Rektors Grottemeyer (und seiner Frau) zu verdanken, daß der Voltmannshof nun doch zu einem Ort möglicher (und manchmal auch gepflegter) Geselligkeit geworden ist. Wer ihn – das Tablett mit Weingläsern balancierend – im ZiF oder im IBZ erlebt hat, kann wissen, daß es nicht am Rektor, sondern vielleicht an der ostwestfälischen Sprödigkeit oder ganz einfach an der mit dem Wachsen der Möglichkeiten verbundenen Verknappung der Zeit liegt, wenn die sozialen Beziehungen an der Universität eher kühl geblieben sind.

Nimmt man alles in allem, so zeigt sich, daß die ursprünglichen Inspirationen Schelskys die dauerhafte Gestalt der Universität Bielefeld doch in erheblichem Maße geprägt haben, ungeachtet aller hochschulpolitischen Konjunkturen. Daß dies gelang, ist abgesehen von der dauerhaften Wirkung früher Strukturentscheidungen vor allem auch der Kontinuität der Universitätsleitung und ihrer Selbstverpflichtung auf die Gründungsgrundsätze zuzuschreiben. Daß sich dabei die Flexibilität des Rektors und die Beharrlichkeit des Kanzlers in glücklicher Weise ergänzten und daß fähige Prorektoren und Dezernenten das Ihre zum Aufbau beigetragen haben, soll wenigstens abschließend erwähnt werden. Als teilnehmender Beobachter, der ich nun einmal seit den Anfängen dieser Universität bin, habe ich sie zwar nicht zu lieben, aber doch sehr zu schätzen gelernt.

- 1 Helmut Schelsky: Zur soziologischen Theorie der Institution. In: Ders. (Hg.): Zur Theorie der Institution, Düsseldorf 1970, S. 926, Zitat S. 15
- 2 Vgl. Helmut Schelsky: Grundzüge einer neuen Universität – eine Denkschrift. Dokument Nr. X vom 17.8.1965, in: Paul Mikat/Helmut Schelsky: Grundzüge einer neuen Universität – Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen. Gütersloh 1966, S. 35-69. Dieselbe Gliederung findet sich bereits in der nichtveröffentlichten ersten Skizze der »Grundzüge« vom 24.2.1965. Zur Entstehung des Konzeptes vgl. Klaus Dieter Bock: Helmut Schelsky: Hochschulreformer »auf eigene Faust«, in: H. Baier (Hg.): Helmut Schelsky – ein Soziologe in der Bundesrepublik. Eine Gedächtnisschrift von Freunden, Kollegen und Schülern. Stuttgart 1986, S. 167-181
- 3 Bisher sind neun Universitätsberichte – in zunehmend gefälligerer Aufmachung – von der Universität Bielefeld veröffentlicht worden. Sie umfassen die Zeiträume 1970/71 (I), 1971/72 (II), 1972/73 (III), 1974/75 (IV), 1976/77 (V), 1978/80 (VI), 1981/84 (VII), 1985/86 (VIII), 1987/89 (IX). Ihr Kernstück bildet jeweils der Bericht des Rektors an den Konvent der Universität. Soweit nichts anderes vermerkt, beziehen sich die nachfolgenden Zitate stets auf den Bericht des Rektors.
- 4 Zit. bei Helmut Schelsky: Einsamkeit und Freiheit – Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihre Reformen. Reinbek 1963, S. 155
- 5 Schelskys Grundgedanke, die Gründung durch eine Gruppe von Wissenschaftlern vorzubereiten, die selbst bereit waren, an die neue Universität zu wechseln, findet sich bereits in seiner Interpretation der Humboldtschen Universitätsgründung: »Der Staat in der Gestalt des kulturstaatlich gesinnten und gebildeten Staatsmannes war der Träger der Gründung und der Reform, wobei die Stimme der Wissenschaft in der Form gehört wurde, daß diejenigen Gelehrten um ihr individuelles Urteil und ihre Konzeption gefragt wurden, die bereit waren, ihre Existenz bei der Gründung der neuen Universität einzusetzen, d.h. eine Berufung an diese Universität anzunehmen.« (Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, a.a.O., S. 154)
- 6 Dem Punktationsausschuß gehörten zwei Professoren, zwei Assistenten und zwei Studenten sowie der Vorsitzende des Gründungsausschusses und der Universitätskanzler an. Eine detaillierte Darstellung des Gründungsvorganges gibt Dietrich Storbeck: 10 Jahre Universität Bielefeld, in: Zwischenstation – Universität Bielefeld 1979. Bielefeld 1979, S. 18-43. Vgl. auch Ernst-Joachim Mestmäcker: Vorwort zur Satzung der Universität Bielefeld, in: Universität Bielefeld, Schriften zum Aufbau einer Universität, Nr. 2, Bielefeld 1969, S. 8-10
- 7 Wie »progressiv« dieser Schlüssel damals war, erhellt aus dem Vergleich mit der damals als revolutionär geltenden »Drittelparität« des Otto-Suhr-Instituts in Berlin: Dort wurden zu den Hochschullehrern lediglich die Ordinarien gezählt, während in Bielefeld alle Habilitierten zur

- Gruppe des Lehrkörpers gezählt wurden (§ 87 der Universitätssatzung von 1969). Praktisch stellten in Bielefeld die Ordinarien bald nur noch etwa ein Viertel der Fakultätskonferenzen.
- 8 Dritter Universitätsbericht, S. 9f.
- 9 Vierter Universitätsbericht, S. 19f.
- 10 Vierter Universitätsbericht, S. 5
- 11 Universität Bielefeld: Aufbauplan II. Schriften zum Aufbau einer Universität 4, Bielefeld 1970
- 12 Zum Fortgang der Diskussion um die Gesamthochschulentwicklung vgl.: Fünfter Universitätsbericht, S. 12ff., Sechster Universitätsbericht, S. 19ff. Anstelle der die Fachhochschulen des lippischen Raumes mit einbeziehenden Gesamthochschullösung kam es zum 1.4.1980 zur Integration der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Bielefeld, in die Universität. »Von einem Tag zum nächsten wuchsen ihr mehr als 2.100 Studenten, 148 Wissenschaftler – davon 56 Hochschullehrer C₃ und C₄ – sowie 78 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter zu.« (Sechster Universitätsbericht, S. 19)
- 13 »Die Rolle und Aufgaben einer solchen theoretischen Universität würden durch folgende Grundsätze zu kennzeichnen sein:
1. Fortfall aller auf wissenschaftliche Berufsexamina hinführenden Studiengangsregelungen und damit auch der Staats-, Fach- oder Diplomprüfungen aller Art.
 2. Keine Errichtung von Forschungsinstituten mit großen apparativen Arbeitsformen und sich spezialisierender arbeitsteiliger und damit hierarchisch organisierter Forschungsweise.
 3. Konzentration auf die Theorie der verschiedenen Wissenschaften.
 4. Betonung der Zusammenarbeit der verschiedenen Fächer, die institutionell neu gestaltet und gesichert werden muß.
 5. Herstellung eines unmittelbaren intensiven Studienkontaktes zwischen Professor und Student unter Ausschaltung eines personellen »Mittelbaus« oder pädagogischer Veranstaltungen.« (Schelsky: Einsamkeit und Freiheit, a.a.O., S. 313).
- Man beachte, daß diese Reformvorstellung im wesentlichen eine Restauration jenes Hochschultyps anvisiert, dem alle diejenigen Merkmale fehlen, die als neue Charakteristika insbesondere der Universitätsentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg anzusehen sind.
- 14 Vgl. Helmut Schelsky: Das Zentrum für interdisziplinäre Forschung; eine Denkschrift, in: Mikat/Schelsky, a.a.O., S. 72–87
- 15 Schelsky, Grundzüge, a.a.O., S. 39
- 16 Vgl. Empfehlungen des Gründungsausschusses für die Universität Bielefeld, beschlossen am 24.7.1967, in: Universität Bielefeld: Schriften zum Aufbau einer Universität 1, Bielefeld o.J. (1968), S. 96–100, insb. Ziff. D. 2. – Hierzu ausführlicher Bock: Helmut Schelsky ... , a.a.O., S. 175f.
- 17 Strukturmerkmale Ziff. D.3
- 18 Seit dem WissHG von 1979 (§ 97 III) sind Forschungsberichte der Universitäten gesetzlich vorgeschrieben, doch habe ich nicht den Eindruck, daß dies anderswo zu einer der Bielefelder Tradition vergleichbaren Selbstverständlichkeit geworden wäre.
- 19 Erster Universitätsbericht, S. 10
- 20 Vgl. Universität Bielefeld: Forschungsbericht 1989/90. Bielefeld 1991, S. 5
- 21 Schelsky: Das Zentrum ... , a.a.O., S. 72
- 22 Vgl. Franz-Xaver Kaufmann: Interdisziplinäre Wissenschaftspraxis – Erfahrungen und Kriterien, in: Jürgen Kocka (Hg.): Interdisziplinarität: Praxis – Herausforderung – Ideologie. Frankfurt a. M. 1987, S. 63–81. – Zur Problematik der Interdisziplinarität vgl. auch weitere Beiträge in diesem Band sowie Wilhelm Voßkamp: Von der wissenschaftlichen Spezialisierung zum Gespräch zwischen den Disziplinen, in: Kindlers Enzyklopädie: Der Mensch. Band 7 (1984), S. 445–462; Jürgen Kocka: Realität und Ideologie der Interdisziplinarität: Erfahrungen am Zentrum für interdisziplinäre Forschung Bielefeld, in: Einheit der Wissenschaften. Internationales Kolloquium der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bonn, 25.–27. Juni 1990. Berlin/New York 1991, S. 127–144

- 23 Zur Arbeit am ZiF vgl. die i.d.R. jährlichen Tätigkeitsberichte des Zentrums für interdisziplinäre Forschung sowie Franz-Xaver Kaufmann: Das Bielefelder ZiF: Ein Ort interdisziplinärer Forschung, in: Merkur, 37. Jg. (1983), S. 464–468; Jürgen Kocka /G. Sprenger: Das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld, in: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 2 (1988), S. 367–386
- 24 In einer internationalen Umfrage der französischen Zeitschrift LIBERATION unter den am ERASMUS-Programm der EG beteiligten Wissenschaftlern (1989) rangierte die Bielefelder Geschichtswissenschaft und die Bielefelder Soziologie in der europäischen Spitzengruppe ihrer Fächer; auch die Psychologie kam auf einen vorderen Rang.
- 25 Strukturmerkmale Ziff. E.1; vgl. auch Schelsky: Grundzüge, a.a.O., S. 45ff.
- 26 Die in den Schriften zum Aufbau der Universität 1 »Lehre – Studium – Strukturmerkmale« veröffentlichten Konzepte der Fachbereichskommissionen für das Studium an den verschiedenen Fakultäten geben einen noch sehr frühen Überlegungsstand wieder, der in den meisten Fällen in der Folge nachhaltig verändert worden ist. Leider sind die entsprechenden Anstrengungen der meisten Fakultäten nur ungenügend dokumentiert. Hinweise finden sich sporadisch in den Universitätsberichten, z.B. Zweiter Universitätsbericht, S. 9ff.; Dritter Universitätsbericht, S. 26ff.; Siebter Universitätsbericht, S. 22ff.
- 27 Vgl. Der Spiegel: »Die neuen Unis sind die besten«, Nr. 50/1989, S. 70ff.
- 28 Das gilt insbesondere für die Fächer Biologie, Psychologie, Soziologie, Mathematik, Rechtswissenschaft, Chemie und Physik.
- 29 Die Repräsentanz von Assistenten und Studenten in den Universitätsgremien wurde allerdings noch nicht unter dem Gesichtspunkt ihres machtmäßigen Einflusses, sondern einer Beratungs-, Informations- und Mittlerrolle konzipiert.
- 30 Vgl. Schelsky: Grundzüge, a.a.O., S. 50–59; die vom Gründungsausschuß verabschiedeten Strukturmerkmale sind in dieser Hinsicht wesentlich offener.
- 31 Das bis heute herrschende Grundprinzip ist bereits in der Erläuterung der Strukturmerkmale des Gründungsausschusses klar formuliert: »Das Bibliothekssystem der Universität bildet eine Einheit. Es wird zentral verwaltet. Die Bestände werden dezentralisiert, nach Fachbereichen gegliedert, bei den Instituten aufgestellt. Die Verwaltung liegt bei dem Direktor der Universitätsbibliothek, der mit der Leitung der Institute und den in den Instituten gebildeten Bibliotheksausschüssen zusammenarbeitet. Die Arbeit in der Bibliothek liegt ausschließlich in den Händen von Fachkräften der Universitätsbibliothek.« (a.a.O., S. 107).
- 32 Zu letzterem vgl. Günther Pflug / Hansjochen Hancke (Hg.): Die neue Bibliothek. Festschrift für Harro Heim zum 65. Geburtstag. München etc. 1984
- 33 Eine ähnliche Struktur findet sich heute an manchen Universitäten, die zwischen Fakultäten und Fachbereichen unterscheiden.
- 34 Zur Entwicklung und Durchsetzung des Baukonzepts vgl. Dietrich Storbeck: Neue Universität: Standort und Baustruktur. Erfahrungen aus dem Aufbau der Universität Bielefeld, in: Pflug/Hancke (Hg.): Die neue Bibliothek, a.a.O., S. 321–369
- 35 Schelsky: Grundzüge, a.a.O., S. 59–64. – Von den oben erwähnten Vorschlägen Schelskys sind im wesentlichen die universitäre Pressestelle sowie die Schulprojekte (Laborschule und Oberstufenkolleg) verwirklicht worden.
- 36 Vgl. hierzu Lutz Hoffmann: Die Geschichte des Zentrums für Wissenschaft und berufliche Praxis in der Universität Bielefeld von 1965 bis 1974. Bielefeld 1976
- 37 Eine rühmliche Ausnahme bildet hier der in jüngster Zeit aufgebaute Schwerpunkt »Gesundheitswissenschaften«, dessen Lehr- und Forschungstätigkeit durch ein Netz formeller Vereinbarungen zwischen der Universität und gesundheitsrelevanten Einrichtungen der Region abgesichert ist.